ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

von Amerongen, Otto Wolf; Vetter, Heinz Oskar; von Amerongen, Otto Wolf; Vetter, Heinz Oskar

Article — Digitized Version

Vereinigte Staaten - Gemeinschaftsgutachten - Währungspolitik - EG-Stahlkrise - Mineralöl

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Amerongen, Otto Wolf; Vetter, Heinz Oskar; von Amerongen, Otto Wolf; Vetter, Heinz Oskar (1980) : Vereinigte Staaten - Gemeinschaftsgutachten - Währungspolitik - EG-Stahlkrise - Mineralöl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 11, pp. 525-526

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135495

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Vereinigte Staaten

Aufschwung mit Reagan?

Die Wahl in den Vereinigten Staaten ist entschieden; der neue Präsident heißt Ronald Reagan. Nach den Meinungsumfragen waren zwei Drittel der Wähler vor allem mit Carters Wirtschaftspolitik unzufrieden. Reagan war mit seiner Philosophie „Weniger Staat – mehr Markt" insbesondere der Favorit breiter Wirtschaftskreise.

Welches wirtschaftspolitische Konzept kann man nun von Reagan zur Überwindung von Inflation und Rezession erwarten? Die „Überbesteuerung" der Privatpersonen will er durch eine Senkung der Einkommensteuer in den nächsten drei Jahren um jeweils 10 % und anschließend durch eine Indexierung abbauen. Für den Unternehmenssektor verspricht er spürbare Abschreibungserleichterungen sowie eine Ermäßigung der Körperschaftsteuer; zudem will er die Windfall-Profit-Tax auf die Gewinne der Ölfirmen reduzieren. Von alledem erhofft sich Reagan neue Investitions- und Leistungsanreize, eine Steigerung der Produktivität und eine Minderung des Inflationsdrucks.

Spiegelt das Wahlergebnis das Vertrauen in Reagan – und nicht allein die Unzufriedenheit mit seinem Vorgänger – wider, könnte sich das Konsum- und Investitionsklima tatsächlich rasch verbessern und schon den Konjunkturverlauf des nächsten Jahres günstig beeinflussen. Bremsend wirken jedoch die Zweifel daran, ob Reagans Programm realistisch ist: Obwohl die Verteidigungsausgaben kräftig erhöht werden sollen, ist ein deutlich langsamerer Anstieg der gesamten Staatsausgaben als bisher geplant. Auf der Basis der erhofften Wachstumsbeschleunigung und der dadurch erhöhten Steuereinnahmen soll das Budget trotz der Steuersenkung ab 1983 ausgeglichen sein und die Finanzpolitik auf diese Weise eine stabilitätsorientierte Geldpolitik unterstützen. Sollte die Quadratur des Zirkels in der Wirtschaftspolitik tatsächlich so einfach sein? jh

Gemeinschaftsgutachten

Umstrittene Lohnzurückhaltung

Die Forderung nach „maßvollen Lohnabschlüssen", von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten erhoben und als Bestandteil eines Konzeptes zur Stabilisierung der Wachstumsbedingungen gedacht, ist wieder einmal auf Lob und Tadel – je nach Standort des Betrachters – gestoßen. Mit der geforderten Lohnzurückhaltung – nach Ansicht der Forschungsinstitute wäre damit immer noch ein Anstieg der Effektivverdienste je Beschäftigten um rund 5 % vereinbar – soll den Unsicherheiten über Ausmaß und Dauer der derzeitigen konjunkturellen Abschwächung Rechnung getragen werden.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich im Laufe dieses Jahres deutlich verschlechtert. Dies ist einmal darauf zurückzuführen, daß in der letzten Lohnrunde die ölpreisbedingte Beschneidung der Verteilungsspielräume nicht voll berücksichtigt wurde. Hinzu kam eine konjunkturbedingte Verringerung des Produktivitätsanstiegs, die die Lohnstückkostensteigerungen verstärkte. Es besteht die Gefahr, daß die Unternehmen bei anhaltendem Lohnkostendruck die Gewinnkompression als dauerhaft ansehen und wie Mitte der siebziger Jahre ihre Investitionen nachhaltig einschränken. Gerade die immer noch relativ robuste Investitionsneigung ist es aber, die die Hoffnung auf eine Begrenzung der Abschwungstendenzen und auf eine Vermeidung einer regelrechten Rezession trägt. Eine Dämpfung der Investitionsbereitschaft würde die Gefahr eines konjunkturellen Einbruchs vergrößern und die zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendige Schaffung neuer Arbeitsplätze verzögern. ew

Währungspolitik

Kontroverse Bundesbankpolitik

Die Diskussion um die augenblickliche Schwäche der DM auf den Devisenmärkten wird von der Frage nach der Orientierungsrichtung der Bundesbankpolitik beherrscht. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben sich in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten für mehr Binnenorientierung der Geld- und Währungspolitik ausgesprochen. Konkret: Die Bundesbank solle ihre Devisenmarktinterventionen aufgeben und den DM-Kurs weiter sinken lassen, um so den Spielraum für eine konjunkturell notwendige Geldmengen- und Zinspolitik zu erhalten. Dies könne sie „ungestraft" tun, da der deutsche Stabilitätsvorsprung und die für 1981 erwartete Verbesserung der Leistungsbilanz den DM-Kurs ohnehin wieder steigen lassen werde.

Die Einschätzung der Bundesbank hinsichtlich der zu erwartenden DM-Kursentwicklung weicht hiervon

nicht ab. Sie befürchtet jedoch, daß die Freigabe des DM-Kurses sowie die Lockerung der Zinspolitik den deutschen Stabilitätsvorsprung gefährdet und damit die gewünschte Festigung der DM nicht eintritt. Der Bundesbank ist dabei wohl bewußt, daß sie aufgrund der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte binnenwirtschaftlich gefordert ist. Zu einer klaren Entscheidung kann sie sich jedoch nicht entschließen. Sie versucht daher, den binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernissen durch einen „mittleren" Weg gerecht zu werden. Diese Politik ist jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Kommt es nicht relativ schnell zu einer DM-Stabilisierung, die der Bundesbank die Möglichkeit einer konjunkturgerechten Geldpolitik gibt, steht uns eine weiter steigende Unterbeschäftigung ins Haus. Gefordert wäre dann sicherlich die Fiskalpolitik. Die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte müßten damit aber als gescheitert betrachtet werden. ww

EG-Stahlkrise

Ausweg durch Zwangskartell?

Die EG-Stahlindustrie wird rückwirkend vom 1. 10. 1980 nicht mehr durch das freiwillige Preis- und Quotenkartell „Eurofer", sondern durch ein verordnetes System von Produktionsquoten reguliert, das durch Einfuhr- und Ausfuhrüberwachungen ergänzt wird, jedoch keine Mindestpreise oder Einfuhrbeschränkungen enthält. Mit dieser Regelung soll ein ruinöser Wettbewerb auf dem EG-Stahlmarkt verhindert und die gemeinsame Produktionsmenge um 13-20 % reduziert werden. Durch die Ausschaltung des Wettbewerbs sollen Rationalisierungen und der Abbau von Überkapazitäten, der durch den weltweiten Rückgang der Stahlnachfrage unvermeidlich geworden ist, erleichtert werden.

Die Absicht, vor allem den Stahlkochern in Großbritannien, Italien, Belgien und Frankreich eine Ruhepause zu verschaffen, um wettbewerbsfähige Produktionsstrukturen herzustellen und den Arbeitskräftebestand möglichst ohne soziale Härten reduzieren zu können, muß anerkannt werden. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich das Krisenkartell etablieren und damit den Anstoß zur Errichtung ähnlicher Kartelle im weiterverarbeitenden Gewerbe (Automobilindustrie, Schiffbau) geben kann. Das wäre die schlechteste Lösung der europäischen Stahlkrise.

Notwendig ist vielmehr ein Abbau der Überkapazitäten. Auch könnte sich eine gewisse Auslagerung der Stahlerzeugung in Entwicklungsländer, die in einigen Produktbereichen Kostenvorteile haben, als erforderlich erweisen. Zwar ist die Stahlindustrie noch immer ein Sektor, der für eine Industriegesellschaft als unverzichtbar angesehen wird. Doch die Erhaltung solch eines Sektors kann teuer werden, wenn sich erst einmal die Strukturen verfestigt haben. vo

Mineralöl

Vor einer neuen Preiswelle?

Anders als bei den bisherigen Ölkrisen haben die Verbraucherländer auf die jüngsten Ereignisse am Persischen Golf vergleichsweise gelassen reagiert. Zwar hat der Krieg zwischen Irak und Iran einen Angebotsausfall von fast 4 Mill. Barrel Rohöl pro Tag zur Folge. Da aber andere OPEC-Länder diese Lücke durch Mehrproduktion teilweise ausgleichen und vor Kriegsausbruch ein Überangebot herrschte, stimmen Angebot und Nachfrage im Moment mehr oder weniger überein. Angesichts eines sinkenden Ölverbrauchs und randvoller Vorratslager besteht daher momentan kein Anlaß zur Furcht vor einer stockenden Ölversorgung.

Diese Gelassenheit gilt allerdings nicht unbedingt für die Ölpreise. Die geplante OPEC-Konferenz über eine langfristige Ölstrategie, die zu einer Verstetigung der Preiserhöhungen und damit zu einer besseren Vorhersehbarkeit bei den Verbrauchern führen sollte, mußte aufgrund der Ereignisse abgesagt werden, und es ist zweifelhaft, ob überhaupt noch Chancen für eine Einigung bestehen. Schon jetzt lassen sich die OPEC-Länder Prämien für ihr Einspringen beim irakisch-iranischen Lieferausfall zahlen. Die afrikanischen OPEC-Länder, die einer zurückhaltenden Preispolitik ohnehin reserviert gegenüberstehen, werden angesichts des verschwundenen Überangebots darauf dringen, möglichst bald die „Marktkräfte" wieder wirken zu lassen, wobei sie vom winterlichen Verbrauchsanstieg auf der Nordhalbkugel unterstützt werden. Die Ölimportländer wären daher gut beraten, wenn sie in ihrer Vorratspolitik größte Zurückhaltung üben würden, um das labile Gleichgewicht auf dem Ölmarkt nicht zu gefährden. Es kann nicht im Interesse der Verbraucher liegen, den Ölproduzenten den Anlaß für eine weitere Preisexplosion zu liefern. ma